

Herr Oberbürgermeister Remelé
Rathaus
Markt 1

97421 Schweinfurt

DIE LINKE.
Geschäftsstelle Schweinfurt
Hadergasse 11
97421 Schweinfurt
K (09721) 730 98 13
X (0160) 907 500 51
M (09721) 730 98 12
ξ kreisverband@dielinke-sw.de

Schweinfurt, 02.03.11

Betreff: Antrag „1- Euro- Jobs in reguläre Arbeit umwandeln“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Remelé,

ich bitte um Behandlung des folgenden Antrages im Stadtrat:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Schweinfurt verzichtet auf die Nutzung von 1- Euro- Jobbern, mit Beendigung der derzeit laufenden Maßnahmen. Stattdessen werden reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in den bisherigen Einsatzgebieten der 1- Euro Jobs geschaffen.

Die Personalabteilung wird beauftragt zeitnah ein entsprechendes Umsetzungskonzept zu entwickeln.

Begründung:

Die Chance auf ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis erhöht sich nicht durch die Annahme eines Ein-Euro-Jobs. So lautet das Fazit einer Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).

Der Untersuchung zufolge sinke für Langzeitarbeitslose mit Ein-Euro-Jobs sogar nach einem Jahr die Wahrscheinlichkeit, einen regulären Arbeitsplatz zu ergattern. Vergleichbare Langzeitarbeitslose ohne Ein-Euro-Job stünden hingegen dann besser dar. Das ZEW zog als Grundlage für die Studie rund 160.000 Erwerbsverläufe von ALG II Beziehern heran.

Als Grund für das Ergebnis komme unter Umständen eine Stigmatisierung der Ein-Euro-Jobber in Betracht, weil Arbeitgeber derartige Tätigkeiten oftmals als Indiz für mangelnde Beschäftigungsfähigkeit ansehen würden. Ferner gehe die durch den [Ein-Euro-Job](#) erworbene Qualifikation an den Erfordernissen des ersten Arbeitsmarktes häufig vorbei.

Andere Studien kommen zu gleichen Ergebnissen.

Herr Oberbürgermeister Remelé
Rathaus
Markt 1

97421 Schweinfurt

DIE LINKE.
Geschäftsstelle Schweinfurt
Hadergasse 11
97421 Schweinfurt
K (09721) 730 98 13
X (0160) 907 500 51
M (09721) 730 98 12
ξ kreisverband@dielinke-sw.de

Somit ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass Ein- Euro- Jobs nicht in der Lage sind Langzeitarbeitslosen eine Brücke in reguläre Beschäftigung zu bauen (Ausnahmen bestätigen die Regel). Ein wesentlicher Grund hierfür ist die kurze Dauer dieser Arbeitsgelegenheiten. In der Regel beträgt diese nur drei Monate, in Ausnahmefällen sind bis zu sechs Monaten möglich. Diese Konstruktion kann keine Perspektiven schaffen.

Kosten/ Finanzierung:

Von uns nicht zu quantifizieren. Ist im Umsetzungskonzept darzustellen, ggf. Entnahme aus der Rücklage, bzw. Einstellung in den Haushalt 2011.

Mit der Bitte um Behandlung entsprechend der Geschäftsordnung!

Mit freundlichen Grüßen,

Frank Firsching
Fraktionsvorsitzender